Abonnements

werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen.

Bezugspreis monatlich 1,60 Reichsmark zuzügl. Bestellgeld.

Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lützowstraße 87.

Gott mit uns

Anzeigen

werden im Verlage: Berlin W 35, Lützowstraße 87, von unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Die 6gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum kostet 10 Pfennig, die 3gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil des Blattes 0,33 Reichsmark.

Abonnenten erhalten auf Familienanzeigen 10 Prozent Rabatt.

Kl. Anzeigen: Das Wort 10 Pf., fette Wörter 20 Pf.

Teltower Kreisblatt

Fernsprech-Anschluß: Sammel-Nr. B 2 Lützow 0671.

Täglich erscheinende Zeitung.

Postscheckkonto: Berlin 1519 51.

Nr. 19. Berlin, Dienstag, den 23. Januar 1934. 79. Jahrg.

Amtliches.

Weitere amtliche Bekanntmachungen sind im Inseratenteil dieser Nummer veröffentlicht.

Deutsche Monatsnamen.

Runderlaß d. M. d. J. vom 9. Januar 1934 — I C 20/184 II.

Die Frage, ob die bisherigen Monatsnamen durch neue, rein deutsche Bezeichnungen zu ersetzen sind, wird zurzeit im Ressort des RM. d. J. geprüft. Um Irrtümern und Mißverständnissen vorzubeugen, ersuche ich, bis zur endgültigen Klärung dieser Frage von dem Gebrauch neuer Monatsbezeichnungen im amtlichen Verkehr abzusehen.

An die
Behörden der inneren Verwaltung. — MBl. i. V. S. 95.

* * *

Z. Veröffentlicht.
Berlin, den 22. Januar 1934.
Landrat des Kreises Teltow. J. V.: Schröder.

Schießplatz Kummersdorf.

Scharfschießen:

Am 24., 25., 26. Januar 1934, Schießbahn Ost bis 10 200, West bis 7500; Beginn 7 Uhr, Dauer 19 Stunden.

Berlin, den 22. Januar 1934.
Landrat des Kreises Teltow. Kwennecke.

Besserung im Befinden Hindenburgs.

Über das Befinden des Reichspräsidenten von Hindenburg wird amtlich mitgeteilt, daß der Reichspräsident, der auch während seiner Erkältung seine laufenden Dienstgeschäfte weitergeführt hat, sich auf dem Wege der Besserung befindet.

Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein †. Im Alter von 79 Jahren starb in Luisenlund bei Eckernförde in Holstein der Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein Sonderburg-Glücksburg an einem Herzleiden. Der Verstorbene war der Schwiegervater des Herzogs Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha.

Ein Rundfunksender für das Memelgebiet? Die Frage Frage der Errichtung eines Rundfunksenders für das Memelgebiet wird in Litauen erörtert. Der Sender solle eine Energie von 50 Kilowatt erhalten. Eine englische Firma habe bereits einen Vorschlag zu annehmbaren Bedingungen für den Bau dieses Senders eingereicht.

Saarbrücken. Ein verbrecherischer Anschlag, der auf ein Lichtspielhaus, in dem der Ufa-Film „Flüchtlinge" gezeigt wird, versucht worden ist, wird zur Zeit von den Behörden untersucht. Am 3. und 4. Januar wurden im Zuschauerraum Flaschen mit Flüssigkeiten gefunden, deren Inhalt bestimmt war, während der Vorführung Brände zu verursachen. Ein Kommunist ist festgenommen, der bereits weitere Mittäter angegeben hat. Die Brandstiftung ist nur dadurch unterblieben, daß die Personen, welche die Flaschen mit der für die Brandstiftung bestimmten Flüssigkeit im Zuschauerraum niedergelegt hatten, Angst vor einer Explosion hatten.

Es ist in Saarbrücken die Befürchtung aufgetaucht, daß dieser Versuch einer Brandstiftung nach der ganzen Anlage des Verbrechens in enger Verbindung mit der Brandstiftung im Reichstagsgebäude zu bringen ist.

Die explosive Flüssigkeit, die in den Flaschen vorgefunden wurde, ist geruchlos; sie entwickelt keinen Rauch bei der Inbrandsetzung und entwickelt ebensowenig Ruß wie die Flüssigkeit, von der noch Spuren auf Grund der Tätigkeit der Sachverständigen nach dem Reichstagsbrande im Plenarsaal gefunden wurden.

Zwischenfälle bei der Heiligjahrfeier in Stuttgart.

Katholische Jugendvereine verstoßen gegen Uniformverbot.

Stuttgart. Zu der in der Stuttgarter Stadthalle abgehaltenen Heiligjahrfeier der Katholiken Groß-Stuttgarts erschienen die katholischen Jugendvereinigungen trotz des Verbotes in Uniform mit Schulterriemen und Fahnen. Sie formierten sich nach Schluß der Versammlung vor der Stadthalle zu einem Zug. Die Polizei forderte die Demonstranten auf, die Schulterriemen abzulegen und die Fahnen einzurollen. Der Zug wurde aufgelöst.

Von zuständiger Stelle wird hierzu folgendes mitgeteilt: Nach Schluß der in der Stuttgarter Stadthalle abgehaltenen Heiligjahrfeier kam es zu Zwischenfällen. Von der Württemberger Politischen Polizei ist eine Untersuchung eingeleitet worden. Im Hinblick auf die starke Erregung der Bevölkerung ist jedoch schon jetzt von der Polizei mitgeteilt worden, daß gegen die führenden Persönlichkeiten mit allem Nachdruck vorgegangen wird, wenn die Ermittlungen ergeben sollten, daß gegen bestehende Bestimmungen verstoßen worden ist.

Englischer Vermittlungsvorschlag?

Londoner Abrüstungsberatungen

In London ist am Montag der Abrüstungsausschuß des Kabinetts zusammengetreten, nach dessen Beratung das englische Gesamtkabinett sich mit der Abrüstungsfrage beschäftigen wird. Im Mittelpunkt der Beratungen steht natürlich die deutsche Antwortnote auf das sogenannte französische Aide mémoire.

In der englischen Presse herrscht Einmütigkeit darüber daß

die Tür zur Verhandlung zwischen Frankreich und Deutschland weiter offen

steht. Die Meinungen der Londoner Presse sind je nach der innerpolitischen Einstellung der Zeitungen verschieden, denn jede Zeitung zwängt die deutsch-französische Haltung in ihre Parteiinteressen ein. Die Liberalen würden gerne sehen, wenn der Abrüstungsausschuß des Kabinetts einen Beschluß faßte, der Englands Vermittlerstellung im aktiven Sinne neu festlegt, um mit diesem Entschluß dann einen Kabinettsvollbeschluß am Mittwoch herbeizuführen, der einen abgeänderten MacDonald-Plan zur Basis neuer Verhandlungen vorbringt. Damit wären die Unterhaltungen zwischen Deutschland sofort wieder bei der Bestimmung von Angriffswaffen an sich, Größen von Tanks, Kaliberstärke der Kanonen und Aufklärungsflugzeugen angelangt. Die Liberalen befürworten eine Internationalisierung der Luftflotte, was die Konservativen ihrerseits wieder ablehnen. Internationale Kontrolle des Rüstungsstandpunktes überhaupt wird nirgends abgelehnt.

Die Morningpost bringt

die englische Auffassung

am klarsten heraus:

Heeresstärke: Deutschland verlangt ein kurz dienendes Heer von 300 000 Mann zusätzlich zu seinen Sturmabteilungen (irgendeine Zahl über eine Million). — Frankreich schlägt als die deutsche Höchststärke 200 000 Mann vor und bietet an, seine kontinentale Armee auf dieselbe Ziffer zurückzubringen.

Verteidigungswaffen: Deutschland verlangt Verteidigungswaffen, wie z. B. leichte Tanks, Artillerie und Militärflugzeuge im Verhältnis zu der von ihm vorgeschlagenen Heeresstärke. — Frankreich widersetzt sich dieser Wiederaufrüstung, aber würde zustimmen, daß Deutschland eine gewisse Anzahl derselben Waffen besitzt, die nach Ausführung des neuen Abkommens noch von anderen Mächten beibehalten wird.

Angriffswaffen: Deutschland fordert die Abschaffung aller sogenannten Angriffswaffen, z. B. Bombenschlepper, schwere Artillerie und Tanks in Anbetracht dessen, daß es selbst keinen Anspruch darauf erhebt. — Frankreich stimmt zu, die Herstellung dieser Art Waffen sofort einzustellen und eine fortschreitende Verminderung auszuführen, je nachdem es die Lage zuläßt.

Kontrolle: Deutschland nimmt grundsätzlich die internationale Kontrolle seines Heeres und seiner Sturmtruppen an, vorausgesetzt, daß dieselbe Kontrolle auf ähnliche Organisationen im Ausland Anwendung findet. Jedoch muß Deutschland zuerst praktisch Waffengleichheit zugestanden werden, so daß der Begriff der Bewährungsfrist fortfällt. — Frankreich stimmt zu, jedoch soll die Kontrolle gleichzeitig mit der Umorganisation des deutschen Heeres eintreten und die Wirksamkeit der Kontrolle bereits vorhanden sein, bevor irgendwelche ernsthafte Abrüstung anfängt.

Abrüstung: Frankreich stimmt zu, daß 50 Prozent seiner Luftstreitkräfte abgerüstet werden in dem Augenblick, in dem das neue Abkommen unterzeichnet wird. — Deutschland sieht die Maßnahme, die es immer noch wehrlos für den Luftkrieg beläßt, als ungenügend an.

Soweit die konservative „Morningpost". Englands Standpunkt war und bleibt der, zu versuchen, daß Deutschland und Frankreich sich aussöhnen. Also wird England wohl mit neuen Vorschlägen herauskommen.

Die „Times" hören das Gras wachsen.

Paris bringt wieder die üblichen Indiskretionen über den angeblichen Inhalt des vertraulichen deutschen Schriftstücks. Besonders tut sich der Korrespondent der Pariser „Times" hervor, der eine ganze Reihe falscher Mitteilungen macht. Er behauptet zunächst, daß Deutschland eine qualitative Aufrüstung fordere, und zwar in den Verteidigungswaffen. Das deutsche Memorandum enthält in Wirklichkeit nichts davon. Es wird nur festgestellt, daß

Deutschland selbstverständlich bei der Umwandlung der Reichswehr in ein Milizheer sofort die notwendigen Verteidigungswaffen für diese Miliz haben muß,

weil eine Umwandlung der Reichswehr ohne eine sofortige Herstellung des endgültigen Waffenbestandes technisch einfach unmöglich ist. — Der Korrespondent der „Times" behauptet weiter, daß eine Begrenzung der Zahl der SA., SS. und des Stahlhelms in der Note von Deutschland vorgeschlagen sei. — Das ist gleichfalls völlig falsch. Es ist von einer Begrenzung der Zahl überhaupt nicht die Rede. Weiter ist von deutscher Seite im Gegensatz zu den Ausführungen des Korrespondenten der „Times" über die Bedeutung der Kontrolle darauf hingewiesen worden, daß sich

selbstverständlich die Kontrolle in allen Ländern auf die gleichen Gegenstände und auf die gleiche Art der Beschränkung der Rüstungen erstrecken müsse,

weil bei einer nicht gleichen Gegenstandskontrolle auch keine Gleichberechtigung der Kontrolle durchgeführt werden kann. Der Pariser Korrespondent behauptet endlich, daß Deutschland die Aufrüstung der Luftwacht in der gleichen Stärke wie Frankreich sie besitzt, verlange. — Im Gegensatz zu dieser falschen Behauptung enthält das deutsche Memorandum die Feststellung, daß Deutschland, wenn Frankreich seine Luftmacht um 50 Prozent herabsetze, seinerseits das Recht haben müsse, zu Verteidigungszwecken in gewissem Umfange eine Luftmacht aufzustellen, weil Deutschland eine Herabsetzung der Luftmacht um 50 Prozent in keiner Weise von der Gefahr befreie, die bei den großen Luftstreitkräften der anderen Mächte in jedem Fall besteht, ob sie nun gegenüber einem völligen Fehlen jeder Luftmacht in Deutschland auf dem heutigen Stande oder nur auf der Hälfte des heutigen Standes bestehen.

Pariser Ministerrat über die deutsche Antwort.

Paris. Über den Ministerrat, der am Montag tagte, wurde folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben: Ministerpräsident Chautemps und Außenminister Paul-Boncour erstateten dem Ministerrat über die deutsche Antwort Bericht. Die deutsche Antwort ist dem Minister für Landesverteidigung zugewiesen worden und wird in dem nächsten Ministerrat wieder zur Beratung stehen. Der Außenminister gab dem Ministerrat sodann einen Bericht über die Verhandlungen in Genf und über die im Hinblick auf die Volksabstimmung im Saargebiet vorgesehenen Maßnahmen.

Im Anschluß an den Ministerrat wurden die besonderen Maßnahmen veröffentlicht, die vom Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit dem Stavisky-Skandal ergiffen worden sind. Der Polizeikommissar Bayard und der Polizeiinspektor Bony wurden vom Dienst suspendiert, bis ihr Fall vor dem Disziplinarrat erledigt ist. Der Kommissar der Gemeinde von Bayonne, Gibert, ist abgesetzt worden. Der Kommissar von der Kontrollstelle für gerichtliche Untersuchung, Hennet, ist zur Disposition gestellt worden, ebenso der Generalkontrolleur für gerichtliche Untersuchungen bei der Sûreté Générale, sowie der Direktor der Sûreté Générale.

Neuer Finanzskandal in Paris.

200 Millionen Franken Unterschleife?

Paris. Während der Stavisky-Skandal die Gemüter in Erregung hält, wird bereits eine neue Betrugsangelegenheit ans Tageslicht gezerrt, die der Polizei und dem Gericht schon seit längerer Zeit bekannt gewesen zu sein scheint. Es handelt sich um den Direktor der Beamtenbank, Georg Alexandre, gegen den Vorführungsbefehl erlassen worden ist.

Er betrieb vor Jahren in der Provinz einen Trödelladen, bis er auf den Gedanken kam, in Paris eine Bank zu gründen, die den Beamten und Festbesoldeten gegen geringe Zinssätze Darlehen gewährte. Das Gründungskapital bestand in Zeichnungen von Beamten, die einen Teil ihres Einkommens zur Verfügung stellen mußten. Auf diese Weise soll Alexandre nicht weniger als 50 Millionen Franken zusammengebracht haben. Mit dem so beschafften Geld gründete er eine Reihe eigener Gesellschaften, die inzwischen bankrott gemacht haben. Man behauptet, daß die Summe, um die die kleinen Sparer durch Alexandre geschädigt worden sind, 200 Millionen Franken beträgt.

*

In der Stavisky-Angelegenheit ist es am Montag zu einem neuen

Zwischenfall in den Wandelgängen des Justizpalastes gekommen. Der radikal-sozialistische Abgeordnete Hess